



Medium Frankfurter Allgemeine Zeitung
Print

Thema Dividendenverbot

Ausgabe 05.12.2022

Die obskure Angst vor den Energiepreisbremsen

Die Politik will Boni und Dividenden ausschließen, wenn Hilfen fließen /
Familienunternehmer alarmiert

mas. Berlin Der Bundestagshaushaltsausschuss hat gesprochen: Es dürfen keine Dividenden, Boni, Sonderzahlungen neben dem Festgehalt fließen, wenn Unternehmen Hilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Dämpfung der extrem gestiegenen Energiepreise in Anspruch nehmen. Mit der Drucksache 2321 fordert er die Bundesregierung auf, Regelungen vorzulegen, die dies sicherstellen – „unter Berücksichtigung der Ausgestaltung der Programme und sinnvoller Kriterien (zum Beispiel Instrument der Stützungsmaßnahme, Größenordnungen beziehungsweise Bezugsgrößen)“.

Dieser sogenannte Maßgabebeschluss von Mitte Oktober alarmiert viele Mittelständler. Wie zu hören ist, ist dieser Beschluss derzeit sehr gefragt. Doch das Papier selbst hilft kaum weiter. Denn noch ist unklar, welche Unternehmen betroffen sein werden. Das Dokument bezieht sich auf Paragraph 26a Stabilisierungsfondsgesetz und die dort aufgeführten Hilfen: Gaspreisbremse, Strompreisbremse, Stützungsmaßnahmen für aufgrund der Energiekrise in Schwierigkeiten geratene Unternehmen, „insbesondere soweit sie nicht in ausreichendem Ausmaß von der Strom- und Gaspreisbremse erfasst werden“. Zudem geht es um Gasimporteure.

Familienunternehmer sind gleichwohl alarmiert. Sie fragen sich, wie das funktionieren soll, wenn mehrere Unternehmen miteinander verbunden sind und beispielsweise eine GmbH und Co. KG oben in der Firmenhierarchie steht, auf deren Konto alle Überschüsse der darunterliegenden Gesellschaften fließen. Die Eigentümer sind wiederum auf Überweisungen von diesem Konto angewiesen, wenn sie die fälligen Ertragsteuern zahlen müssen – andernfalls müssten sie diese aus dem privaten Vermögen stemmen. Was nicht jeder will oder kann.



In der Koalition wird die Regelung unter Verweis auf die hohen Kosten des Staates verteidigt. Die Preisbremsen für Gas und Strom plus Sonderstützung kosteten den Steuerzahler mindestens einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag. Warum sollte man Unternehmen subventionieren, die es nicht brauchten? Man müsse Mitnahmeeffekte verhindern und dafür sorgen, dass die künstlich geschaffenen Gewinne in den Unternehmen verblieben. Das sei eine Frage der Gerechtigkeit, hieß es in Koalitionskreisen. Man sei im Gespräch, wie das konkret auszugestalten sei und suche eine sinnvolle Lösung. Um diese nicht zu erschweren, wollte sich keiner der befragten Politiker zitieren lassen.

Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, warnt SPD, Grüne und FDP, in den Gesetzentwürfen zur Gas- und Strompreisbremse hohe Hürden für Unternehmen festzuschreiben, die auf eine Dämpfung der Energiekosten angewiesen sind. „Die Ampelkoalition sollte darauf achten, dass die Entlastungen die Wirtschaft auch erreichen“, sagte der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierte Jurist der F.A.Z. „Ein zusätzliches Dividenden- und Bonusverbot würde dazu führen, dass noch weniger Unternehmen die Unterstützung in Anspruch nehmen können.“

Oliver Hermes, Vorstandsvorsitzender der Wilo-Gruppe, fürchtet staatliche Eingriffe in die Gehaltspolitik und Dividendenstrategie infolge der Energiepreisbremsen. Solche Interventionen belasteten den Standort Deutschland. „Der Investor hat die Wahl zwischen sehr hohen Energiekosten in Deutschland oder einem eklatanten Eingriff in seine Eigentümerrechte“, wetterte der Chef der Wilo-Gruppe, die mit Pumpen 1,65 Milliarden Euro umsetzt und 8200 Mitarbeiter hat. Im Zweifel würden Betroffene ihre Investitionsentscheidung zugunsten der Vereinigten Staaten oder anderer Länder treffen, drohte er. Auch werde das Zurückholen von betrieblichen Aktivitäten zur Sicherung kritischer Infrastrukturen in Deutschland erschwert. „Gerade Familienunternehmen werden sich zweimal überlegen, ob sie die Energiepreisbremsen nutzen oder nicht“, sagte der Manager der F.A.Z. Die Wahrung der Unabhängigkeit sei wichtiger Teil ihrer Strategie.

In der Koalition weiß man um solche Sorgen. Es gehe nicht um Handwerker und normale Mittelständler – und auch für Konzernstrukturen werde man eine Lösung finden, heißt es abwiegend in ihren Kreisen. In Teilen der Koalition wird auch nicht ausgeschlossen, dass diese Auflagen letztlich nur für Unternehmen gelten werden, die nicht nur von den Energiepreisbremsen profitieren, sondern so sehr von der Krise gebeutelt sind, dass sie sogar auf eine Rekapitalisierungshilfe angewiesen sind. Mit einer Entscheidung ist bald zu rechnen.